

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

05.01.2022

STELLUNGNAHME

im Rahmen der Anhörung von Sachverständigen durch den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung zum Antrag „Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen“ durch die Fraktion der SPD (LT-Drs. 17/15255)

Vorbemerkung

Die Fraktion der SPD hat einen Antrag zur zirkulären Wirtschaft mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Rohstoffversorgung und Arbeitsmarkt in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht. Ausgehend von der Betrachtung des weltweiten Rohstoffverbrauchs und den Auswirkungen auf die Umwelt geht die SPD Landtagsfraktion auf den Rohstoffbedarf in Nordrhein-Westfalen ein. Als Teil einer Lösung für den Rohstoffmangel wird die zirkuläre Wertschöpfung genannt. Geschlossene Kreisläufe entlang der gesamten Wertschöpfungskette sorgen für „ökologisch effiziente Stoff-, Energie-, Arbeits-, und Informationsflüsse“. Zudem sei es mit Blick auf Klima- und Ressourcenschutz sowie aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten wichtig, die zirkuläre Wirtschaft zu stärken. Die SPD Fraktion fordert eine umfassende Rohstoffstrategie und einen auf der Strategie aufbauenden „Masterplan zirkuläre Wirtschaft“. Ein einzurichtendes Kompetenzzentrum soll Aktivitäten zu Innovationen, Unternehmensgründungen, Forschung und Vernetzung bündeln. Innovationsausschreibungen mit dem Ziel alltagstauglicher Anwendungen, insbesondere im Baubereich, sollen mit zusätzlichen Landesmitteln unterstützt werden. Schließlich soll ein Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsbedarfsplan entwickelt werden, damit der Fachkräftebedarf sichergestellt und die Qualifikation der Beschäftigten unterstützt wird.

Bewertung

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist auf verlässliche Rohstoffversorgung angewiesen, dies gilt sowohl für natürliche, als auch Sekundärrohstoffe. Rohstoffe stehen am Anfang der Wertschöpfungskette und sind Grundlage für die Herstellung von Produkten, die Energieerzeugung und die Erbringung von Dienstleistungen. Natürliche Ressourcen stehen nur in begrenztem Maße zur Verfügung, daher ist es unerlässlich, diese Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen. Die effiziente Nutzung von Rohstoffen ist für die Wirtschaft grundlegend.

Als erster Schritt gilt es, der Abfallhierarchie folgend, die Abfallvermeidung als die zentrale Säule zu stärken. Wichtig zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass das Recycling nicht die, sondern eine von mehreren Säulen der Circular Economy ist. Vermeidungspotentiale müssen daher verstärkt und als erstes in den Blick genommen werden. Hierbei spielt die Abfallberatung der Verbraucherinnen und Verbraucher und die damit verbundene weitere Sensibilisierung der Konsumenten eine entscheidende Rolle. Neben der privaten Entsorgungswirtschaft müssen auch öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger in die Verantwortung genommen werden. In diesem Zusammenhang sollten auch die Möglichkeiten des KrWG (Kreislaufwirtschaftsgesetz) in der Vollzugspraxis angewendet werden. Hierbei sind insbesondere die Abgrenzung von Abfall und Nebenprodukt, § 4 KrWG und das Ende der Abfalleigenschaft nach § 5 KrWG zu nennen. Durch eine intensive Anwendung im Vollzug können Kreisläufe sinnvoll gefördert werden.

Neben der Abfallvermeidung ist das Recycling von Abfällen eine weitere zentrale Säule. Die Regelungen zur Herstellerverantwortung wurden bereits deutlich verschärft, um die Reparatur- und Recyclingfähigkeit von Produkten zu steigern. Bei weiteren, über diese Regelungen hinausgehenden Vorgaben muss insbesondere die Wirtschaft frühzeitig und umfassend in die Beratungen eingebunden werden. Das Recycling stößt derzeit an technische, ökologische und ökonomische Grenzen. Eine 100%ige Verwertung aller Wertstoffe ist weder möglich, noch wirtschaftlich darstellbar. Zunächst müssen die nach wie vor bestehenden Vollzugsdefizite beseitigt werden, damit Abfälle wie von den nationalen und europäischen Vorgaben vorgesehen recycelt werden können. Die Recyclingvorgaben des Gesetzgebers sollten daher auch in NRW vorrangig umgesetzt werden. Diese Gesichtspunkte sind bei der im Antrag beabsichtigten Erarbeitung von Strategien und Masterplänen dringend zu berücksichtigen.

Der Weg zur Circular Economy ist bei einer frühzeitigen Einbeziehung der Wirtschaft tatsächlich umsetzbar. Hierbei kommt es darauf an, dass die verschiedenen Branchen gleichermaßen beteiligt werden. Mit Blick auf die Bau- und Rohstoffbranche ist besonders zu berücksichtigen, dass Sekundärrohstoffe nur in begrenztem Maße eingesetzt werden können. Die effiziente Nutzung von Roh- und Baustoffen ist eines der Kernanliegen der Bauwirtschaft. Seit mehr als 15 Jahren setzt

die Bauwirtschaft auf Kreislaufwirtschaft. Rund 90 %¹ der mineralischen Bauabfälle werden umweltgerecht verwertet. Mit Blick auf den Straßenaufbruch liegt die Verwertungsquote sogar bei fast 98 %, wovon rd. 95 % recycelt werden, also wieder in den Straßenbau fließen. Über die Hälfte aller Recycling-Baustoffe werden derzeit bereits für den Straßenbau verwendet.

Eine landeseigene Rohstoffstrategie begrüßen wir grundsätzlich. Hierbei ist elementar, dass eine solche Strategie nicht einseitig auf zirkuläre Gesichtspunkte ausgerichtet wird. Rohstoffe, die nicht durch Sekundärrohstoffe ersetzt werden können, müssen weiterhin vor Ort gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die nordrhein-westfälische Bau- und Rohstoffindustrie aus. Der Anteil der Verwertungsquoten konnte in den letzten Jahrzehnten bereits erheblich gesteigert werden und liegt derzeit bei rd. 90 %. Für die Bau- und Rohstoffbranche sind Primärrohstoffe demnach weiterhin unerlässlich. Die Qualität und die Kosten für die Primärrohstoffe spielen eine entscheidende Rolle. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Gewinnung der Rohstoffe weiterhin regional erfolgt. Hiermit werden hohe Qualität und kurze Transportwege gewährleistet. Die Rohstoffgewinnung in NRW macht uns zudem von Rohstoffimporten unabhängig und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Treibhausgasminderung.

Sekundärrohstoffe werden insbesondere im Baubereich systematisch benachteiligt. Es gelten stark abweichende Anforderungen für natürliche Rohstoffe und Sekundärrohstoffe. Dies führt dazu, dass in einigen Fällen der Einsatz von Sekundärrohstoffen überhaupt nicht zulässig ist. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Standards für den Einsatz von Sekundärrohstoffen insbesondere im Baubereich überprüft und dort wo vertretbar, angepasst werden.

Da die Nachfrage nach Grundstoffen aktuell weiter ansteigt, ist abzusehen, dass der Bedarf kurz- und mittelfristig nicht durch Sekundärrohstoffe kompensiert werden kann. Hier ist auch zu beachten, dass Grundstoffe vielfach in langlebige Produkte fließen, die in den Export gehen. Diese Grundstoffe sind dann auch dem regionalen Stoffkreislauf entzogen.

Aktuell existiert in NRW kein vollständiges Monitoring zu Abfällen, die den Stoffkreisläufen entzogen werden. Der weit überwiegende Teil dieser Abfälle besteht aus nichtgefährlichen Abfällen, die deponiert werden. Eine Erfassung in den Abfallwirtschaftsberichten erfolgt bislang nicht. Um eine praktikable und praxisgerechte Kreislaufwirtschaftsstrategie erarbeiten zu können, sind diese Daten aber essenziell. Wir sprechen uns daher dafür aus, ein solches Monitoring und regelmäßige Berichte vorzusehen, damit die wesentlichen Stoffströme identifiziert werden können.

Mit Blick auf die Chemische Industrie ist das chemische Recycling als Ergänzung des mechanischen Recyclings unerlässlich und sollte weiterhin Bestand haben.

¹ <https://kreislaufwirtschaft-bau.de/Download/Bericht-12.pdf>

Hiermit können neue Produkte und Verfahren auf den Markt gebracht werden, dies stärkt die zirkuläre Wertschöpfung insgesamt. Für Rezyklate im Kunststoffbereich sind europäisch harmonisierte Quoten für den Einsatz von Rezyklaten wichtig. Einsatzquoten können einen Beitrag dazu leisten, dass recycelte Kunststoffe tatsächlich vermehrt eingesetzt werden. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang, dass die Quoten praxistauglich ausgestaltet und in der Realität erreichbar sind. Hierbei kommt es insbesondere auf Verbesserungen bei der Sammlung und Sortierung von Abfällen, der Anrechenbarkeit des chemischen Recyclings und der tatsächlichen Quotenhöhe an.

Die Arbeitsgruppe Circular Economy von IN4CLIMATE.NRW hat ein umfassendes Diskussionspapier zur Circular Economy in der Grundstoffindustrie erarbeitet². Das Papier enthält wertvolle Hinweise mit Blick auf die verschiedenen Branchen der Grundstoffindustrie, zudem werden Hemmnisse und konkrete Lösungsmöglichkeiten vorgestellt. Auf dieses Papier möchten wir ausdrücklich hinweisen.

Von besonderer Wichtigkeit für die Etablierung einer Circular Economy sind klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Zudem ist eine eindeutige Zieldefinition erforderlich. Diese Festlegungen können nur gemeinsam mit Industrie und Wirtschaft entwickelt werden. An dieser Erarbeitung müssen alle Beteiligten partizipieren. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbände sind gemeinsam gefragt, eine ganzheitliche Lösung zu finden. Eine einseitige Belastung der Wirtschaft lehnen wir ab.

Durch eine verstärkte Nutzung von zirkulären Rohstoffen kann ein maßgeblicher Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen geleistet werden. Mit Blick auf die Transformation der Industrie hin zur Klimaneutralität sollten Sekundärrohstoffe daher verstärkt in Förderrichtlinien aufgenommen werden.

Im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben sollte die öffentliche Hand bei Beschaffung und Auftragsvergabe zirkuläre Gesichtspunkte konsequent berücksichtigen. Den Einsatz von Rezyklaten verstärkt in den Fokus zu nehmen, ist im Kreislaufwirtschaftsgesetz angelegt, dieser Ansatz sollte nun konkretisiert und angewendet werden. Zirkuläre Rohstoffe sind in der Regel teurer als natürliche Rohstoffe was dazu führt, dass sie bei Ausschreibung und Beschaffung oft unberücksichtigt bleiben. Die Landesregierung könnte sich in diesem Zusammenhang für Steuerentlastungen für kreislauffähige Produkte und Dienstleistungen einsetzen. Hiermit können zusätzliche Anreize für Konsumenten geschaffen werden, zirkuläre Produkte nachzufragen und damit die zirkuläre Wirtschaft zu stärken. Staatliche Unterstützungen zum Ausgleich von preisbedingten Wettbewerbsnachteilen bei zirkulären Produkten könnten aus Bundesebene geprüft werden.

Innovationsausschreibungen im Baubereich können dazu führen, dass zirkuläre Rohstoffe eine stärkere Nachfrage erhalten. In diesem Zusammenhang sind verbindliche Vorgaben unerlässlich, damit der Einsatz von Recycling Baustoffen auf

² https://www.in4climate.nrw/fileadmin/Nachrichten/2021/Diskussionspapier_CE/in4climatenrw-diskussionspapier-circular-economy-sekundaerrohstoffe-grundstoffindustrie_01.pdf

Vollzugsebene auch tatsächlich erfolgt. Hier ist zudem zu beachten, dass die Fort- und Weiterbildung der Behördenmitarbeiter produktspezifisch erfolgen muss.

Eine stärkere Berücksichtigung zirkulärer Gesichtspunkte unterstützen wir ausdrücklich. Klare Marktregelungen können grundsätzlich hilfreich auf dem Weg zur Circular Economy sein. Jedoch ist zu beachten, dass sich pauschale Regelungen über alle Produktgruppen hinweg aufgrund der Komplexität der Produkte verbieten. In diesem Kontext ist auf die Vielzahl europäischer Vorgaben hinzuweisen. Es ist nicht zielführend, in NRW einen Sonderweg mit landeseigenen zusätzlichen Vorschriften zu gehen. Zunächst sollten daher die bestehenden europäischen und nationalen Vorschriften umgesetzt und das Landesrecht hierauf abgestimmt werden. Aufgrund der erfolgreichen Erfahrungen mit Transformationsprozessen kann NRW hier wichtige Impulse auch auf Bundes- und EU- Ebene geben.